

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

47

Wien, am 18. Februar 1936.

Der Kampf gegen die San Jose Schildlaus.

Die von der Stadt Wien mit Unterstützung der Bundesanstalt für Pflanzenschutz eingeleitete Aktion zur Bekämpfung der San Jose Schildlaus wurde auch im Vorjahre in verstärktem Masse fortgesetzt. Während früher, wie der Bericht der städtischen Fachstelle für das Gartenwesen angibt, nur Gärten, Baumschulen und Obstanlagen kontrolliert wurden, werden in den letzten Jahren ausser den Siedlungs- und Kleingärten auch jene Privatgärten begangen, deren Besitzer sich auf Grund des seinerzeit erlassenen Aufrufes selbst zur Kontrolle melden.

Die städtische Fachstelle für das Gartenwesen führte von Anfangs April bis Mitte November mit 23 Organen durch. Die Gesamtarbeitszeit dieser Suchorgane betrug 504 Arbeitswochen oder 24.192 Arbeitsstunden. Begangen wurden 37.493 Gärten, in denen 560.000 Obstbäume und 711.000 Beerenobststräucher gewissenhaft und gründlich nach der San Jose Schildlaus abgesehen wurden. Von den 37.943 Gärten waren 4.066 von der Schildlaus befallen; die meisten davon, nämlich 3.995, befanden sich in Floridsdorf. In den befallenen Gärten waren 2.039 Obstbäume und 35.642 Beerensträucher eindeutig von der San Jose Schildlaus befallen. Die stärker befallenen Obstbäume wurden vernichtet, die Beerensträucher bis zum Wurzelhals zurückgeschnitten. Wie im Vorjahre waren die meist befallenen Obstgehölze Ribessträucher, die allein 94 Prozent des Gesamtbefalles aufwiesen. Ferner wurde auch an 38 Ziersträuchern die San Jose Schildlaus festgestellt.

Der Bericht stellt abschliessend fest, dass innerhalb der Stadtgrenzen kein unbekannter, grösserer Befallsherd mehr existiert, dass keine weitere Ausbreitung der San Jose Schildlaus stattgefunden hat und dass der Befall in den bereits bekannten und mehrmals begangenen Siedlungen im Rückgang begriffen ist.

.....

Sitzungen der Wiener Bürgerschaft.

Die Wiener Bürgerschaft tritt am Freitag um 17 Uhr zunächst zu einer nichtöffentlichen und im Anschlusse daran zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Neben laufenden Geschäftsstücken liegen der Wiener Bürgerschaft in diesen Sitzungen zwei für die Förderung der Bautätigkeit in Wien sehr bedeutsame Vorlagen zur Erledigung vor, nämlich ein Entwurf einer Stadtgesetzvorlage betreffend die Aenderung der Bestimmungen über den Wiener Assanierungsfonds und ein Entwurf einer Stadtgesetzvorlage betreffend die Aenderung der Bestimmungen über den Wiener Hausreparaturfonds. Die beiden Stadtgesetze bezwecken die Fortsetzung der Aktion des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds im Jahre 1936.

.....